

# Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas



## 21. TAGUNG

Straßburg, 18. – 20. Oktober 2011

## Bürgerpartizipation in Europa auf kommunaler und regionaler Ebene

Empfehlung 307 (2011)<sup>1</sup>

1. Der Kongress der Gemeinden und Regionen bekräftigt erneut sein Engagement im Bereich öffentliche Mitwirkung an den öffentlichen kommunalen und regionalen Angelegenheiten, als Herzstück der kommunalen Demokratie, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, die Entscheidungen der Vertretungsorgane zu beeinflussen, die ihr Leben und ihre Gemeinschaften betreffen. Um effektiv partizipieren zu können, müssen die Menschen sowohl die Kapazität als auch die Motivation haben, zu handeln. Die Gemeinden und Regionen ihrerseits müssen über eine dynamische Kommunikationspolitik verfügen und einen problemlosen Zugang zu relevanten Informationen gewährleisten.

2. Der Kongress erinnert an die Empfehlung (2001)<sup>19</sup> des Ministerkomitees über die Mitwirkung der Bürger am Leben der Gemeinde und stellt fest, dass in den zehn Jahren, die seither vergangen sind, viele Mitgliedstaaten eine wachsende Zahl von Tools und Institutionen eingerichtet und genutzt haben, um die Bürgerpartizipation zu fördern und die kommunale und regionale Demokratie zu stärken.

3. Diese Tools reichen von inoffiziellen Instrumenten, wie z. B. Bürgerforen, bis zu rechtsverbindlichen kommunalen und regionalen Referenden. Es ist wichtig, diese Instrumente nicht nur als leere Rahmenwerke zu sehen, sondern sie aktiv zu nutzen: Ein Instrument kann so gut sein, wie es will, eine schlechte Umsetzung kann das Vertrauen in den demokratischen Prozess schädigen, anstatt es zu stärken.

4. Die Bürgerpartizipation kann durch viele Faktoren behindert werden. Bürgergruppen und Bürgerinitiativen können durch bestehende komplizierte und rigide Verfahren entmutigt werden. Es kann einen Informationsmangel über die Möglichkeiten geben, an öffentlichen kommunalen Angelegenheiten mitzuwirken oder die Informationen erreichen nur bestimmte Gruppen, was zu Teilnehmern führt, die nicht für die gesamte Gemeinschaft repräsentativ sind. Durch die Förderung des Dialogs zwischen allen Gruppen kann ein größerer Zusammenhalt der Gemeinde erzielt werden.

5. Der Kongress ist in Zeiten steigender Einsparungen in den Zuweisungen der kommunalen und regionalen Stellen und der Entzauberung des politischen Prozesses immer stärker überzeugt, dass die Bürger sich aktiv auf der Ebene einbringen können müssen, die ihnen am nächsten ist. Dies kann durch Innovation und aktive Bürgerschaft an der Basis erreicht werden. Eine stärkere öffentliche Partizipation und direkte Mitwirkung an der kommunalen Regierungsführung wird den Bürgern ein Gefühl der Ermächtigung geben und dazu beitragen, das Vertrauen wiederherzustellen.

---

<sup>1</sup> Diskussion und Annahme durch den Kongress am 18. Oktober 2011, 1. Sitzung (siehe Dokument CG(21)3, Begründungstext) Berichterstatlerin: M. Haak-Griffioen, Niederlande (R, EVP/CD).



6. Die Gemeinden und Regionen experimentieren mit neuen und unterschiedlichen Methoden, ihre Bürger zu einem Beitrag zur Regierungsführung in ihren Gemeinden anzuhalten. Es gibt keinen Universalansatz: sowohl kulturelle als auch kommunal-spezifische Faktoren können die Wirksamkeit der Partizipationsinitiativen beeinflussen.

7. Die Bereitstellung klarer, umfassender und zugänglicher Informationen über die kommunale und regionale Politik stärkt die aktive Bürgerschaft und fördert ein Gefühl der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft und die Bürgerpflicht, in einer demokratischen Gesellschaft zu dieser Gemeinschaft beizutragen. Neueste Entwicklungen in einigen Staaten im Hinblick auf „offene Daten“ (Online-Veröffentlichungen von unbereinigten Regierungsinformationen) haben gezeigt, wie neue Informations- und Kommunikationstechnologien, zusammen mit einer Politik der Transparenz, direkten Einfluss auf die Partizipation und Dienste auf kommunaler und regionaler Ebene nehmen können. Anwendungen, wie z. B. „openly local“ und „SpotlightOnSpend“, filtern die Daten und ermöglichen die Entstehung von Smart Communities.<sup>2</sup>

8. Durch das aktive Konsultieren der Bürger erweitern die gewählten Vertreter ihr Wissen und stellen sicher, dass die Entscheidungen und die Politik innovativer, informierter, kosteneffizienter und ausgewogener sind.

9. Der Kongress bedauert, dass trotz der Bedeutung, die der Europarat der aktiven Partizipation der Bürger am Leben der Gemeinden und Regionen verleiht, das Zusatzprotokoll zur Europäischen Charta für kommunale Selbstverwaltung über das Recht zur Beteiligung an den Angelegenheiten der kommunalen Verwaltung (ETS Nr. 207) bisher nicht in Kraft getreten ist. Auch das Übereinkommen des Europarats über die Beteiligung von Ausländern am kommunalen öffentlichen Leben (ETS Nr. 144), das 1997 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, wurde bisher nur von wenigen ratifiziert.

10. Der Kongress begrüßt die Empfehlung (2009)2 des Ministerkomitees über die Bewertung, Prüfung und Überwachung der Partizipation und der Partizipationspolitik auf kommunaler und regionaler Ebene und ist bereit, sich an der Nachbereitung dieser Empfehlung zu beteiligen, um zu ermitteln, was im Hinblick auf die partizipatorische Demokratie gut funktioniert, und um den Austausch bester Praktiken sicherzustellen.

11. Der Kongress empfiehlt dem Ministerkomitee, die Mitgliedstaaten aufzufordern:

a. dem Beispiel bestimmter Mitgliedstaaten zu folgen und öffentliche Daten im Internet zu veröffentlichen und so eine Quelle für „offene Daten“ für öffentliche Regierungsinformationen zu schaffen, die ein wertvolles Element ist, um den Dialog mit den Bürgern auf kommunaler und regionaler Ebene auszuweiten;

b. in ihren Staaten bestehende Instrumente für die direkte Demokratie umfassender zu nutzen, die auf kommunaler und regionaler Ebene zur Verfügung stehen, und in jenen Staaten, in denen die Regelung der kommunalen Verwaltung einer regionalen Regierung übertragen wurde, die regionalen Stellen ebenfalls dazu aufzurufen;

c. Anreize zu schaffen, um die kommunalen und regionalen Stellen zu ermutigen, neue Informations- und Kommunikationstechnologien zu nutzen, einschließlich sozialer Netzwerke, um die Bürgerpartizipation zu stärken und die Transparenz und die Dienste für die Öffentlichkeit zu verbessern;

d. in jenen Staaten, in denen dies bisher nicht möglich ist, den kommunalen und regionalen Stellen eine partizipatorische Haushaltsführung zu gestatten, um das Vertrauen in den demokratischen Prozess und den sozialen Zusammenhalt der kommunalen Gemeinschaften zu stärken;

e. sicherzustellen, dass die nationalen und, wo anwendbar, regionalen Vorschriften, die Bürgerinitiativen regeln, klar verständlich und einfach sind und nicht jene abschrecken, die eine Initiative zu gründen wünschen;

---

<sup>2</sup> Siehe <http://data.gov.uk/apps> (einige Beispiele [www.fixmystreet.com](http://www.fixmystreet.com), [www.openlylocal.com](http://www.openlylocal.com) und [www.spotlightonspend.org.uk](http://www.spotlightonspend.org.uk))

*f.* Schritte für die Unterzeichnung und Ratifizierung des Zusatzprotokolls zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung über das Recht zur Beteiligung an den Angelegenheiten der kommunalen Verwaltung (CETS Nr. 207) einzuleiten;

*g.* das Übereinkommen des Europarats über die Beteiligung von Ausländern am kommunalen öffentlichen Leben (ETS Nr. 144) zu unterzeichnen und zu ratifizieren, um sicherzustellen, dass angemessene Schritte ergriffen werden, um ausländische Mitbürger in die Konsultationen bei kommunalen Angelegenheiten einzubeziehen;

*h.* sicherzustellen, dass alle Formen der demokratischen Partizipation auf kommunaler Ebene allen Menschen offen stehen, ungeachtet der Staatsangehörigkeit oder der Nationalität.

12. Der Kongress fordert das Ministerkomitee auf:

*a.* seine Empfehlung (2009) 2 aufzugreifen und die Mitgliedstaaten zu bitten, über deren Umsetzung zu berichten, und jene Mitgliedstaaten, die bisher noch keine Formen der direkten Bürgerpartizipation einsetzen, aufzufordern, diese einzuführen;

*b.* den Kongress in seinen Bemühungen zu unterstützen, auch weiterhin die Rechte der Bürger auf Partizipation an der Durchführung kommunaler öffentlicher Angelegenheiten bei seinen Besuchen zur Beurteilung der Einhaltung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung seitens der Mitgliedstaaten zu berücksichtigen;

*c.* seinen Dialog mit dem Kongress über die Verbesserung der demokratischen Partizipation auf kommunaler und regionaler Ebene fortzuführen.